Bundesministerium
des Innern

Deutsche
Islam
Konferenz

# Deutsche Islam Konferenz

## Muslime in Deutschland – deutsche Muslime

# Inhalt

**Vorwort** 2

**Für ein gutes Miteinander: Staat und Muslime im Dialog** 4

**Themen und bisherige Ergebnisse der Konferenz** 6

Gesellschaftlicher Zusammenhalt auf der Grundlage des Grundgesetzes und seiner Werteordnung 6

Verbesserung der religionsrechtlichen Integration der Muslime in Deutschland 10

Prävention und Sicherheit als Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben 14

Rolle und Verantwortung der Medien sowie flankierende Maßnahmen 18

**Aktuelle Struktur von 2010 bis 2013** 22

Vertreterinnen und Vertreter der Muslime in Deutschland 23

Vertreterinnen und Vertreter des deutschen Staates 25

**Muslime in Deutschland: Daten und Fakten** 26

**Weitere Informationen** 28

# Vorwort

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

fast fünf Prozent der deutschen Bevölkerung sind muslimisch und die Hälfte dieser in Deutschland lebenden Muslime sind bereits deutsche Staatsbürger. Diese zunehmende Vielfalt birgt Potenziale, bringt aber auch Herausforderungen mit sich, die es für ein friedliches Zusammenleben in unserem Land zu meistern gilt.

Mit der Deutschen Islam Konferenz hat die Bundesregierung den Dialog zwischen Staat und Muslimen in Deutschland institutionalisiert. Sie ist ein Forum für einen langfristigen und nachhaltigen Dialog zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie Vertretern der in Deutschland lebenden Muslime. Im Sinne ihres Mottos „Muslime in Deutschland – deutsche Muslime“ leistet die Islamkonferenz ihren Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der Zugehörigkeit der Muslime zu Deutschland und der Integration.

Der vertrauensvoll geführte Dialog ermöglicht es, erfolgreiche Entwicklungen und gute Beispiele zu erörtern, aber auch Probleme anzusprechen und gemeinsam Wege zu ihrer Lösung zu finden. Dabei kann es nicht nur um die Verständigung innerhalb der Deutschen Islam Konferenz gehen.

Die Islamkonferenz ist über ihren Teilnehmerkreis hinaus auch Aufruf an alle in Deutschland lebenden Muslime, als Teil dieser Gesellschaft daran mitzuarbeiten, die Zukunft unseres Landes gemeinsam zu gestalten. Sie ist zugleich ein deutliches Signal an die Mehrheitsgesellschaft, Muslime als Teil der deutschen Gesellschaft anzunehmen.

Die vorliegende Broschüre soll dazu dienen, einen allgemeinen Überblick über die Deutsche Islam Konferenz, ihre Ziele, ihre Struktur und bisherigen Ergebnisse zu geben. Weiterführende und regelmäßig aktualisierte Informationen – aber auch die Möglichkeit, sich selbst einzubringen – lassen sich zudem auf der Internetseite der Deutschen Islam Konferenz unter www.deutsche-islam-konferenz.de finden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB
Bundesminister des Innern

# Für ein gutes Miteinander: Staat und Muslime im Dialog

„Muslime in Deutschland – deutsche Muslime“ ist das Motto der Deutschen Islam Konferenz: Muslime in Deutschland sollen sich als Teil der deutschen Gesellschaft verstehen und von dieser auch so verstanden werden. Die bessere religionsrechtliche und gesellschaftliche Integration der Muslime in Deutschland ist eine der Schlüsselaufgaben der Politik heute.

Das Bundesministerium des Innern, das traditionell für die Beziehung zu den religiösen Gemeinschaften auf der Ebene des Bundes verantwortlich ist, richtete deshalb 2006 die Deutsche Islam Konferenz ein. Erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist damit ein gesamtstaatlicher, also Bund, Länder und Kommunen umfassender Rahmen für einen langfristig angelegten Dialog mit den in Deutschland lebenden Muslimen geschaffen worden. Seitdem tagt die Deutsche Islam Konferenz regelmäßig auf unterschiedlichen Ebenen. Sie versteht sich als ein länger anhaltender Prozess.

Die Deutsche Islam Konferenz als Forum für die Kommunikation zwischen Staat und Muslimen ist keine Vertretung der Muslime in einem religionsgemeinschaftlichen Sinne. Sie fasst auch keine allgemein verbindlichen Beschlüsse. Vielmehr entfaltet sie eine wesentliche politische und gesellschaftliche Wirkung, indem sie den Erfahrungsaustausch zwischen den beteiligten Akteuren in einem bundesweiten Rahmen fördert, darauf aufbauend Empfehlungen für die Praxis entwickelt oder auch konkrete Maßnahmen anregt. Die Umsetzung dieser Empfehlungen oder Anregungen erfolgt nicht durch die Deutsche Islam Konferenz selbst, sondern durch ihre jeweiligen Mitglieder oder weitere Akteure. Die Deutsche Islam Konferenz bietet nicht zuletzt auch einen Rahmen für den Dialog zwischen den vielfältigen Strömungen und Positionen innerhalb des Islams in Deutschland.

Die erste Phase der Deutschen Islam Konferenz fand im Herbst 2009 mit dem Ende der 16. Legislaturperiode ihren Abschluss. In dieser ersten Phase wurden vor allem grundsätzliche Fragen erörtert. Darauf aufbauend ist die Deutsche Islam Konferenz in der 17. Legislaturperiode nun stärker praktisch ausgerichtet. So begleitet sie die konkrete Umsetzung ihrer bisherigen Empfehlungen. Mit praxisorientierten Vorschlägen leistet sie weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Teilhabe von Muslimen in Deutschland, zur Förderung des Wertekonsenses sowie zur Verhinderung von Extremismus und gesellschaftlicher Polarisierung.

# Themen und bisherige Ergebnisse der Konferenz

Die Themen und Ergebnisse der Deutschen Islam Konferenz sind in den Zwischenresümees der Plenarsitzungen von 2008 und 2009, dem auf der Plenarsitzung 2010 verabschiedeten Arbeitsprogramm für die 17. Legislaturperiode sowie den 2011 angenommenen Berichten und Veröffentlichungen dokumentiert, die im Internet unter www.deutsche-islam-konferenz.de abrufbar sind.

**Gesellschaftlicher Zusammenhalt auf der Grundlage des Grundgesetzes und seiner Werteordnung**

Die Deutsche Islam Konferenz beschäftigt sich seit ihrer Einberufung mit einem breiten Spektrum von Themen, das in drei Bereiche eingeteilt werden kann. Hierzu gehört zunächst die Debatte über einen Wertekonsens als Voraussetzung für die Integration muslimischen Lebens in die deutsche Gesellschaftsordnung.

Die Rechts- und Werteordnung sowie die gelebte Beachtung der Grundrechte waren die zentralen Diskussionspunkte in der Arbeitsgruppe 1 „Deutsche Gesellschaftsordnung und Wertekonsens“ der ersten Phase der Deutschen Islam Konferenz. Ihr erstes zentrales Ergebnis und Grundlage für die weitere Zusammenarbeit war die Einigung über einen gemeinsamen Wertekonsens in Form eines umfassenden Bekenntnisses zur deutschen Rechtsordnung und zur Werteordnung des Grundgesetzes sowie die Einigung auf ein gemeinsames Verständnis von Integration.

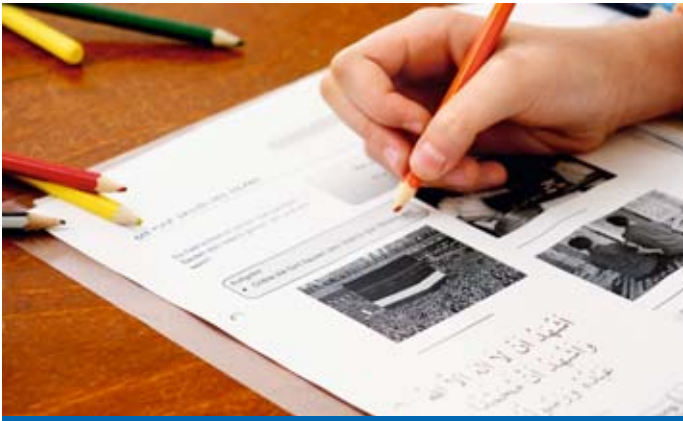
Darauf aufbauend verabschiedeten die muslimischen Teilnehmer der Deutschen Islam Konferenz mit Ausnahme des Islamrats gemeinsame Empfehlungen zur alltagspraktischen Förderung des Wertekonsenses, des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Integration. Unter anderem betonen sie, dass die Gleichberechtigung von Mann und Frau als zentrales Element der Werteordnung des Grundgesetzes auch bei muslimischen Kindern und Jugendlichen zu fördern ist. Die Autorinnen und Autoren der Erklärung heben zugleich die Notwendigkeit von Toleranz und Respekt gegenüber Andersgläubigen und Angehörigen anderer Weltanschauungen hervor wie auch der Muslime untereinander.

Auch in der aktuellen 17. Legislaturperiode wird die Wertedebatte fortgeführt und bildet den Arbeitsschwerpunkt des Jahres 2011. In dem gemeinsam erarbeiteten Arbeitsprogramm für 2010 bis 2013 haben die Mitglieder der Deutschen Islam Konferenz hierbei vor allem die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit in den Blick genommen. Unter der Überschrift „Geschlechtergerechtigkeit als gemeinsamen Wert leben“ soll zum einen insbesondere muslimischen Frauen ein besserer Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht werden.

Die gleichberechtigte Chance auf Teilhabe am Erwerbsleben setzt auch die Möglichkeit voraus, entsprechende Bildungsangebote zu nutzen. Beides gehört zu den Voraussetzungen eines selbstbestimmten Lebens. Im Rahmen der Projektgruppe „Bessere Integration von Musliminnen und Muslimen in den Arbeitsmarkt“ wird Antidiskriminierung und Geschlechtergerechtigkeit dabei im religiösen wie kulturellen Kontext diskutiert. In der Projektgruppe sollen praxistaugliche Strategien gesucht werden, wie das Thema sowohl auf muslimischer Seite wie auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft politisch aufgegriffen und zugleich gesellschaftspolitisch angegangen werden kann. Die Ergebnisse der Arbeit werden in der Plenarsitzung 2012 vorgestellt.

Dem Thema Geschlechtergerechtigkeit nähert sich die Deutsche Islam Konferenz zum anderen aber auch durch den Blick auf Rollenbilder und vorgefasste Erwartungen. Diese sind zwar auch unter Muslimen in vielen Fällen nicht spezifisch religiös, sondern patriarchalisch geprägt, aber sie werden oft islamisch oder durch vermeintlich islamische Traditionen begründet und gerechtfertigt. Starre Rollenbilder können die Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe von Frauen und Mädchen auch über den beruflichen Bereich hinaus beeinträchtigen. Ebenso können feste Rollenerwartungen an Männer, selbst wenn sie diesen mehr Aktivität zubilligen, auch männliche Handlungsoptionen verkürzen.

Im Extremfall können sie zu häuslicher Gewalt führen. Die Deutsche Islam Konferenz will betroffenen muslimischen Frauen und Mädchen helfen, ihre Rechte noch besser zu erkennen und geltend machen zu können. In der zu diesem Zweck eingerichteten Projektgruppe „Rollenbilder in muslimischen Milieus“ werden aber auch die von männlichen Muslimen empfundenen Schwierigkeiten thematisiert, die entstehen, wenn tradierte Rollenvorstellungen und Rollenerwartungen mit realen Handlungsmöglichkeiten in Konflikt geraten. Aus Sicht der Deutschen Islam Konferenz ist es wichtig, dass Zwangsverheiratungen und Gewalttaten im Namen der vermeintlichen Ehre noch stärker als bisher als inakzeptabel angesehen werden. Obwohl diese Phänomene auch nach Auffassung der in der Deutschen Islam Konferenz vertretenen Muslime nicht unter Berufung auf den Islam gerechtfertigt werden können, sind sie auch in Deutschland zu beobachten. Auch diese Projektgruppe wird ihre Ergebnisse im Jahr 2012 dem Plenum vorlegen.



## Verbesserung der religionsrechtlichen Integration der Muslime in Deutschland

Die Deutsche Islam Konferenz verfolgt gemäß ihrem Leitmotiv „Muslime in Deutschland – deutsche Muslime“ neben dem Ziel, die gesellschaftliche Integration der Muslime in Deutschland zu verbessern, auch die Förderung ihrer religionsrechtlichen Integration.

Zur Erreichung dieser Zielsetzung beschäftigten sich die Teilnehmer der Deutschen Islam Konferenz in der Arbeitsgruppe 2 „Religionsfragen im deutschen Verfassungsverständnis“ der ersten Phase zunächst damit, rechtliche Fragen zu erörtern. Hierbei ging es vor allem auch um die Voraussetzungen der Kooperation zwischen Staat und religiösen Gemeinschaften auf der Grundlage des deutschen Religionsverfassungsrechts.

Das deutsche Religionsverfassungsrecht, traditionell als Staatskirchenrecht bezeichnet, ist die Grundlage für eine Vielzahl von institutionalisierten Kooperationsformen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften im öffentlichen Raum. Als Beispiele sind der Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, die Theologie an öffentlichen Hochschulen, die Anstaltsseelsorge und die Wohlfahrtspflege zu nennen.

Von zentraler Bedeutung für die weitere Arbeit in der Deutschen Islam Konferenz war zunächst, dass von allen Teilnehmern das deutsche Staatskirchenrecht im Sinne eines auch für neue religiöse Gemeinschaften offenen Religionsverfassungsrechts als geeignete Grundlage für die religionsrechtliche Integration der Muslime angesehen wurde.

Auf dieser Grundlage wurden gemeinsame Schlussfolgerungen und Empfehlungen zu den Themen Einführung islamischen Religionsunterrichts nach Art. 7 Abs. 3 GG und Aufbau islamischer Theologie, Aus- und Fortbildung von Imamen, Moscheebau sowie Bestattung nach islamischem Ritus erarbeitet. Zudem konzipierten die Mitglieder der Deutschen Islam Konferenz eine Handreichung für die Schulpraxis, die Lehrern und Eltern konstruktive Lösungen für immer wieder auftretende religiös begründete schulpraktische Fragen und Konflikte empfiehlt, wie etwa mit Blick auf die Teilnahme an Klassenfahrten oder am Sport- und Schwimmunterricht sowie das Tragen von Kopftüchern an Schulen. Insbesondere die bereits erwähnte Ausarbeitung zur Einführung islamischen Religionsunterrichts findet mittlerweile breite Berücksichtigung auf Länderebene.

Auch mit dem für die laufende 17. Legislaturperiode beschlossenen Arbeitsprogramm haben sich die Mitglieder der Deutschen Islam Konferenz erneut darüber verständigt, das Ziel der Etablierung einer institutionalisierten Kooperation zwischen Staat und Muslimen und ihren Organisationen in Deutschland auf der Grundlage des deutschen Religionsverfassungsrechts zu verfolgen. Im Rahmen des Themenschwerpunktes „Institutionalisierte Kooperation und integrationsbezogene Projektarbeit fördern“ hatte sich die Deutsche Islam Konferenz für die Zeit bis zum Plenum am 29. März 2011 drei praktische Ziele gesetzt und sie erfolgreich umgesetzt. Erstes Ziel war es, den bundesweiten Wissens- und Erfahrungsaustausch über praktische Entwicklungen

und konkrete Fortschritte bei der Einführung islamischen Religionsunterrichts in deutschen Schulen zu fördern. Zur Umsetzung dieses Arbeitsauftrags veranstaltete die Deutsche Islam Konferenz die Tagung „Islamischer Religionsunterricht in Deutschland – Perspektiven und Herausforderungen“. Diese Tagung, deren Ergebnisse publiziert wurden, setzte einen wichtigen bundesweiten Impuls im Prozess der Einführung von bekenntnisorientiertem Islamunterricht auf Länderebene. Weitere bundesweite Tagungen zu diesem Themenfeld sollen folgen.

Die Deutsche Islam Konferenz hat über ihre mittlerweile breit akzeptierten Empfehlungen und Vorschläge für Übergangsformen der Kooperation entscheidend dazu beigetragen, dass nun in vielen Bundesländern flächendeckend ein bekenntnisorientierter Islamunterricht eingeführt werden kann. Bereits jetzt nehmen rund 25.000 muslimische Schülerinnen und Schüler im Rahmen von Modellversuchen an bekenntnisorientiertem Islamunterricht teil. Diese Zahl wird sich in Zukunft deutlich erhöhen. Ziel ist es, bereits jetzt Schritt für Schritt

flächendeckende und von einer Mehrheit der Muslime akzeptierte Angebote zu schaffen.

Das zweite Ziel im Rahmen des genannten Themenschwerpunktes ist die Begleitung der Etablierung islamischer Theologie an öffentlichen Hochschulen in Deutschland. Um eine in der Mitte der Gesellschaft verortete Ausbildung von Lehrkräften für den islamischen Religionsunterricht, Imamen, religiösem Fachpersonal für Sozial- und Gemeindearbeit sowie islamischen Theologen zu gewährleisten, hielten die Plenarteilnehmer der Deutschen Islam Konferenz bereits in ihren Empfehlungen vom 25. Juni 2009 fest, dass islamisch-theologische Lehr- und Forschungsangebote an deutschen Hochschulen geschaffen werden sollten. Die Etablierung theologisch orientierter „Islamischer Studien" an deutschen Hochschulen ist seitdem vorangeschritten. In der Bundesrepublik Deutschland werden mittlerweile an universitären Standorten vier theologische Zentren für islamische Studien eingerichtet, die auf der Ebene des Bundes vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert werden. Die Deutsche Islam Konferenz hat sich, nachdem ihre Ergebnisse des Jahres 2009 in entsprechende ausführliche Empfehlungen des Wissenschaftsrats eingeflossen sind, regelmäßig im Vorbereitungsausschuss und auf den Plenarsitzungen 2010 und 2011 über die Fortschritte informieren lassen und wird diesen Prozess weiterhin konstruktiv begleiten.

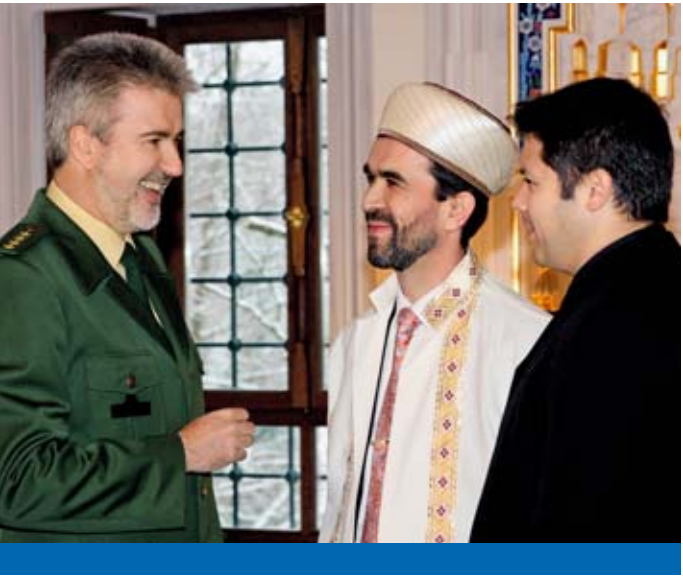
Schließlich legt das Arbeitsprogramm als drittes Ziel fest, dass flankierend zur universitären Ausbildung von islamischen Religionsbediensteten auch die gesellschaftskundliche und sprachliche Fortbildung von bereits tätigem religiösem Personal zu fördern ist. Geschätzt wird ihre Zahl in Deutschland auf etwa 2.000 bis 2.200. Bei den meisten handelt es sich um Imame, die ihren religiösen Dienst in circa 2.600 Moscheegemeinden leisten. Hinzu kommen alevitische Geistliche für die alevitischen Cem-Häuser. Islamische Religionsbedienstete überneh-

men in zunehmendem Maße eine wichtige Rolle als Vermittler und Multiplikatoren. Besonders wenn sie aus den jeweiligen Herkunftsländern stammen, beherrschen sie jedoch oftmals die deutsche Sprache nur unzureichend und kennen das gesellschaftliche Umfeld ihrer Gemeindemitglieder kaum. Die sprachliche sowie landes- und gesellschaftskundliche Fortbildung von in Deutschland tätigen Religionsbediensteten ist daher für die Förderung der Integration muslimischer Menschen in Deutschland von großer Bedeutung.

Anhand der Erfahrungen bestehender Fortbildungsprojekte erarbeitete die Deutsche Islam Konferenz einen Leitfaden zur landeskundlichen und sprachlichen Fortbildung von Imamen und Vorständen islamischer Gemeinden auf kommunaler Ebene, der 2011 veröffentlicht wurde und nun in die Praxis umgesetzt wird. Ziel ist es, dass auf der Grundlage dieses Leitfadens auf kommunaler Ebene eine Vielzahl von Fortbildungsmaßnahmen für islamische Religionsbedienstete und weitere in islamischen Gemeinden engagierte Multiplikatorinnen und Multiplikatoren durchgeführt wird.

### Prävention und Sicherheit als Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben

Die Prävention von Extremismus und Radikalisierung ist ein gemeinsames existenzielles Anliegen, zu dem die in Deutschland lebenden Muslime einen wertvollen Beitrag leisten können. Im Rahmen des sicherheitspolitischen Dialogs in der Deutschen Islam Konferenz einigten sich die Mitglieder in der ersten Phase im Gesprächskreis „Sicherheit und Islamismus“ mit Ausnahme des Islamrates für die Bundesrepublik Deutschland darauf, islamistisch-extremistischen Bestrebungen gemeinsam entgegenzuwirken, auch wenn damals noch hinsichtlich der konkreten Definition von „Islamismus“ keine Übereinstimmung erzielt werden konnte. Die Teilnehmer waren der Auffassung, dass wechselseitige Offenheit eine Grundvoraussetzung für die Zusam-



menarbeit zwischen islamischen Organisationen und staatlichen Institutionen sei. Dies bedeute auch, aktiv etwaige extremistische Bestrebungen in Teilen der muslimischen Bevölkerung zu problematisieren und – zum Beispiel im Rahmen der Bildungsarbeit – auch selbstständig dagegen vorzugehen. Die islamischen Organisationen erklärten, extremistische Propaganda, Schriften und Publikationen in ihren Einrichtungen nicht zu dulden. Transparenz müsse zudem einschließen, finanzielle Einnahmen offenzulegen. Die Mitglieder waren sich ebenfalls darin einig, dass gemeinsame Projekte von staatlichen Stellen und islamischen Organisationen für die Extremismus- und Radikalisierungsprävention Erfolg versprechend seien.

Um bestehende Kooperationen zu stärken, wurde bereits 2008 im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine „Clearingstelle Präventionskooperation“ zur Vermittlung von Kontakten und guten Beispielen in der Kooperation von Muslimen und Sicherheitsbehörden geschaffen.

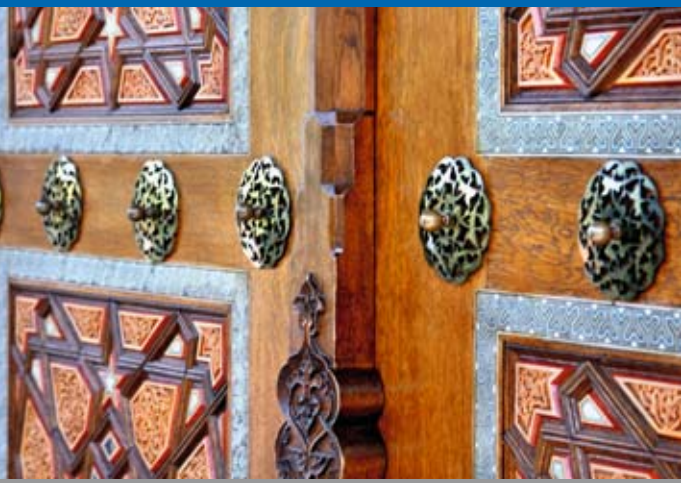
Der Dialog zu diesen Fragen wird auch in der zweiten Phase im Rahmen des Themenschwerpunktes „Prävention von Extremismus, Radikalisierung und gesellschaftlicher Polarisierung“ fortgeführt. Insbesondere hat das Plenum der Deutschen Islam Konferenz beschlossen, Vorschläge für praktische Verbesserungen für ein friedliches und respektvolles Miteinander zu erarbeiten.

In seinem 2010 beschlossenen Arbeitsprogramm hebt das Plenum hervor, dass der weitaus überwiegende Teil der Muslime in Deutschland Religiosität mit Demokratie vereinbart, ein hohes Maß an religiöser Toleranz gegenüber Andersgläubigen pflegt und friedlich in Deutschland lebt. Radikalisierung bis hin zur Bereitschaft, sich an gewaltbereiten islamistischen Gruppierungen zu beteiligen, findet aber auch unter in Deutschland lebenden Muslimen statt, und zwar insbesondere bei Heranwachsenden. Ebenso findet gerade auch unter jungen Muslimen Antisemitismus Verbreitung. Daher hat die Deutsche Islam Konferenz beschlossen, sich noch stärker der Verbesserung praktischer präventiver Ansätze in diesen Bereichen zu widmen.

Die Deutsche Islam Konferenz will zugleich praktisch dazu beitragen, Toleranz gegenüber Muslimen

und ihrem Glauben zu fördern. Muslime in Deutschland dürfen mit allem Recht beanspruchen, nicht pauschal mit Islamismus, wie ihn radikale Minderheiten propagieren, in Verbindung gebracht zu werden. Religiöse Bindungen sind zunächst einmal positive und stützend wirkende Faktoren für das Zusammenleben in der Gesellschaft. Das Plenum hat daher in seinem Arbeitsprogramm hervorgehoben, dass fremdenfeindlichen oder rassistischen Einstellungen gegenüber Muslimen aktiv entgegenzuwirken ist und Muslimfeindlichkeit und Diffamierung im Alltagsleben nicht unwidersprochen hingenommen werden dürfen.

Um diesen Aufgabenkomplex anzugehen, hat die Deutsche Islam Konferenz in der laufenden Phase die Arbeitsgruppe „Präventionsarbeit mit Jugendlichen“ eingerichtet. Diese Arbeitsgruppe hat sich des Themas in einem abgestuften Verfahren angenommen und als ersten Schritt ein gemeinsames Verständnis für drei Phänomene herausgearbeitet, die für die Präventionsarbeit von zentraler Bedeutung sind: Muslimfeindlichkeit, Antisemitismus unter muslimischen Jugendlichen sowie Islamismus beziehungsweise religiöser Extremismus unter



Muslimen. Das Ergebnis dieser Arbeit ist in einem Zwischenbericht der Arbeitsgruppe an das Plenum der Deutschen Islam Konferenz 2010 festgehalten.

Bereits der erzielte Konsens hinsichtlich der inhaltlichen Beschreibung der drei genannten Phänomene kann als Erfolg gewertet werden. Dies war in der ersten Phase der Deutschen Islam Konferenz bis 2009 nicht gelungen. Die Phänomenbeschreibungen, auf die man sich in der Arbeitsgruppe einigen konnte, bilden nun die Grundlage für die weitere Arbeit. Ziel ist es, Maßnahmen für die Jugendarbeit zu den genannten Phänomenen und unter Berücksichtigung bereits vorhandener Erfahrungen im Bereich der Extremismusprävention, aber auch der Toleranzförderung zu initiieren und zu begleiten. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden 2013 vorgestellt.

### Rolle und Verantwortung der Medien sowie flankierende Maßnahmen

In der ersten Phase der Deutschen Islam Konferenz wandten sich die Mitglieder außerdem verstärkt der Rolle der Medien zu und erörterten in der Arbeitsgruppe 3 „Wirtschaft und Medien als Brücke“ beispielsweise Beschäftigungsperspektiven muslimischer Migranten, die Öffentlichkeitsarbeit von islamischen Organisationen in Deutschland oder das Bild, das Medien von Muslimen und „dem Islam“ in Deutschland zeichnen.

Die Deutsche Islam Konferenz warb in diesem Zusammenhang für eine verantwortungsvolle, vorurteilsfreie und differenzierte Berichterstattung über Muslime und den Islam. Es sollten mehr alltagsnahe Themen zum islamischen Leben in Deutschland aufbereitet werden. Zugleich sollte ausgewogen über die Lebenswirklichkeit von Muslimen in Deutschland und der Welt berichtet werden. Die Arbeitsgruppe forderte zudem, deutlich mehr qualifizierte Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in den Fernseh- und Rundfunkredaktionen sowie in den Printmedien einzustellen, um den Sachverstand

und das interkulturelle Verständnis dieser Mitbürger zu nutzen. Auf Einladung des Bundesinnenministeriums fanden Fachkonferenzen statt, an denen Journalisten, Politiker und Medienwissenschaftler teilnahmen, um über die Rolle und Verantwortung der Medien im Integrationsprozess zu diskutieren. Bei allen Meinungsverschiedenheiten waren sich die Teilnehmer darin einig, dass Medien im Prozess der Integration eine bedeutende Rolle spielen. Sie prägen im Rahmen unabhängiger und kritischer Berichterstattung und in ihren Unterhaltungsangeboten Bilder von den verschiedenen ethnischen und kulturellen Bevölkerungsgruppen wesentlich mit. Die anschließende Einrichtung eines „Runden Tisches“ mit Journalisten vor allem deutsch- und türkischsprachiger Medien in Berlin trug den Ergebnissen dieser Konferenzen Rechnung.

Zudem hat das Bundesministerium des Innern zusammen mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Ende 2008 die Internetseite www.deutsche-islam-konferenz.de eingerichtet, um die Deutsche Islam Konferenz für die interessierte Öffentlichkeit transparent zu gestalten und die Ergebnisse breit zu kommunizieren. Zusätzlich vermittelt die Internetseite Informationen zu muslimischem Leben in Deutschland.

Das Plenum der Deutschen Islam Konferenz hatte bereits 2007 festgestellt, dass nur wenige verlässliche Daten zu Muslimen in Deutschland vorliegen, und rief zu verstärkter Forschung auf. Das Bundesministerium des Innern beauftragte daraufhin das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit der Erstellung der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“, die 2009 abgeschlossen und der Öffentlichkeit vorgelegt wurde. Damit liegt nunmehr die erste bundesweit repräsentative Datenbasis vor, die Personen aus 49 muslimisch geprägten Herkunftsländern einbezieht und somit den bislang repräsentativsten Überblick über das muslimische Leben in Deutschland gibt. Beleuchtet werden insbesondere die Anzahl der Muslime in Deutschland, Glaubensrichtungen, die religiöse Praxis und verschiedene Aspekte der Integration.

Ebenso wichtig wie der Dialog zwischen Staat und Muslimen im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz ist der interreligiöse und innerislamische Dialog, der aufgrund der Neutralität des Staates nur von der Zivilgesellschaft selbst geführt werden kann. Flankierend wird das Anliegen der Deutschen Islam Konferenz daher über die Förderung von Projekten zur Umsetzung der Ziele der Deutschen Islam Konferenz sowie von Projekten des interreligiösen

Dialogs insbesondere mit Muslimen unterstützt. Hierbei handelt es sich um Projekte, die zumeist von christlichen und muslimischen Trägern durchgeführt werden und sich an Multiplikatoren aus den Bereichen Religion, Gesellschaft und Politik richten. So werden auch wissenschaftliche Maßnahmen wie Kolloquien, internationale Symposien oder Forschungsprojekte gefördert, oder vor Ort wird zum Beispiel ganz praktisch die Aus- und Fortbildung von dringend benötigten muslimischen Notfallseelsorgern unterstützt.

Schließlich hat der Bundesinnenminister 2010 erstmals einen Preis für vorbildliche Projekte von und mit Muslimen ausgelobt, um das Engagement von Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeitern zu würdigen, die mit ihrer Arbeit zu mehr gesellschaftlicher Partizipation von Muslimen und einem besseren Miteinander beitragen. Die unabhängige Jury prämierte von den fast 200 Bewerbungen sechs Projekte und Ideen mit besonderem Augenmerk auf Jugendliche und Frauen. Um das Anliegen der Deutschen Islam Konferenz, die Integration der Muslime in Deutschland, zu fördern, wird der Integrationspreis für vorbildliche Projekte von und mit Muslimen nicht nur einmalig verliehen, sondern mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten in einem Abstand von zwei bis drei Jahren.

# Aktuelle Struktur von 2010 bis 2013

Die Deutsche Islam Konferenz tagt auf drei Ebenen:

Das Plenum als das oberste Gremium der Deutschen Islam Konferenz kommt einmal jährlich zusammen. Der Bundesminister des Innern ist der Gastgeber. Dem Plenum gehören paritätisch staatliche Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen sowie islamische Organisationen und Einzelpersonen an. Es berät die im Vorbereitungsausschuss erarbeiteten Ergebnisse und gibt Anregungen für die weitere Facharbeit. Es steuert so den Dialog zwischen Staat und Muslimen.

Der darunter angesiedelte Vorbereitungsausschuss trifft sich mindestens einmal alle drei Monate und erarbeitet gemeinsame Positionen und Empfehlungen für das Plenum. In der Zusammensetzung spiegelt der Vorbereitungsausschuss das Plenum der Deutschen Islam Konferenz auf Arbeitsebene wider. Der Vorbereitungsauschuss kann zudem zeitlich befristete und in der Zusammensetzung flexible Projekt- und Arbeitsgruppen einberufen, die sich jeweils mit einem speziellen Thema befassen.

## Vertreterinnen und Vertreter der Muslime in Deutschland

Um die Vielfalt muslimischen Lebens in Deutschland in den Beratungen der Deutschen Islam Konferenz bestmöglich abzubilden, wurden neben Repräsentanten von fünf islamischen Dachverbänden und einer Migrantenorganisation auch zehn muslimische Einzelpersönlichkeiten in die Deutsche Islam Konferenz berufen. Bei ihrer Auswahl spielten vor allem ihre Erfahrungen in Bezug auf die Schwerpunktthemen der Deutschen Islam Konferenz eine Rolle.

Mit Blick auf die Ergebnisse der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ (MLD, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2009) wurde in der zweiten Phase der Deutschen Islam Konferenz die Sitzverteilung von Dach- und Spitzenverbänden sowie muslimischen Einzelpersonen im Plenum in einem Verhältnis von circa einem Drittel zu circa zwei Dritteln beibehalten. Die Studie belegt, dass sich circa ein Viertel der ungefähr vier Millionen Muslime in Deutschland von den bisher an der Deutschen Islam Konferenz teilnehmenden islamischen Dach- und Spitzenverbänden umfänglich vertreten fühlt.

Folgende islamische Dach- und Spitzenverbände nehmen in der zweiten Phase der Deutschen Islam Konferenz teil:

- Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB)
- Verband Islamischer Kulturzentren e. V. (VIKZ)
- Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland e. V. (IGBD)
- Zentralrat der Marokkaner in Deutschland e. V. (ZMaD) sowie die
- Alevitische Gemeinde Deutschland e. V. (AABF)

Die Türkische Gemeinde in Deutschland e. V. (TGD) ist als Organisation von Migranten türkischer Herkunft

zwar kein religiöser Verband, vertritt aber nach eigener Auffassung insbesondere türkeistämmige Muslime mit laizistischen religionspolitischen Positionen.

Folgende muslimische Einzelpersonen nehmen in der zweiten Phase der Deutschen Islam Konferenz teil:

- Hamed Abdel-Samad, Politologe und Publizist
- Bernd Ridwan Bauknecht, Lehrer für Islamkunde
- Sineb El Masrar, Herausgeberin und Chefredakteurin
- Gönül Halat-Mec, Rechtsanwältin
- Abdelmalik Hibaoui, Imam
- Hamideh Mohagheghi, Theologin
- Dr. Armina Omerika, Islamwissenschaftlerin
- Prof. Dr. Bülent Ucar, Professor für Islamische Religionspädagogik
- Turgut Yüksel, Soziologe
- Tuba Isik-Yigit, Doktorandin im Fach Theologie und Religionswissenschaften

## Vertreterinnen und Vertreter des deutschen Staates

Bund, Länder und Kommunen wirken in der Deutschen Islam Konferenz mit. So wird sichergestellt, dass in der Arbeit die jeweils für die konkreten Themen zuständige Ebene berücksichtigt ist. Denn Themen wie die Einführung islamischen Religionsunterrichts oder die Ausbildung von Imamen an deutschen Universitäten sowie eine Vielzahl von Fragen der praktischen Integration liegen in der Verantwortung von Ländern und Kommunen.

Die Zusammensetzung auf staatlicher Seite sieht wie folgt aus:

- Bundesministerium des Innern (Gastgeber)

Bund:

- Bundeskanzleramt
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
- Auswärtiges Amt
- Bundesministerium für Bildung und Forschung
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Länder (insgesamt 6 Vertreter):

- Innenministerkonferenz
- Kultusministerkonferenz
- Integrationsministerkonferenz

Kommunen:

- Duisburg
- Nürnberg
- Göttingen
- Bergkamen
- Landkreis Konstanz

# Muslime in Deutschland: Daten und Fakten

Der Islam ist in und für Deutschland eine vergleichsweise neue Religion. Die meisten Muslime leben selbstverständlich und gut integriert in Deutschland. Zu Beginn der Deutschen Islam Konferenz stellten die Mitglieder fest, dass in Bezug auf Muslime in Deutschland keine aussagekräftigen Daten existieren. Aus diesem Grund initiierte sie ein Forschungsprojekt, das vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge durchgeführt und 2009 veröffentlicht wurde.

Die Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ fand heraus, dass in Deutschland 3,8 bis 4,3 Millionen Muslime leben, wobei in dieser Zahl auch Aleviten inbegriffen sind. Dies entspricht circa 5 Prozent der Gesamtbevölkerung und circa 25 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. 74 Prozent der Muslime in Deutschland sind Sunniten, knapp 13 Prozent Aleviten, 7 Prozent Schiiten, und weitere 6 Prozent gehören anderen muslimischen Glaubensrichtungen an. Etwa drei Viertel der Aleviten geben an, sich dem Islam zugehörig zu fühlen.

Etwa die Hälfte der Muslime besitzt bereits die deutsche Staatsbürgerschaft. Die meisten Muslime haben einen Migrationshintergrund. Die große Mehrheit unter ihnen, etwa 63 Prozent, stammt aus der Türkei. Jeweils etwa 15 Prozent stammen aus den Regionen Naher Osten/Nordafrika und Südosteuropa beziehungsweise aus dem ehemaligen Jugoslawien sowie ferner aus Süd- und Südostasien, aus dem Iran, aus afrikanischen Ländern außer Nordafrika sowie aus Zentralasien und der GUS.

98 Prozent der Muslime leben in den alten Bundesländern einschließlich Berlin. Dabei steht Nordrhein-Westfalen an erster Stelle; jeder Dritte Muslim lebt hier. Es folgen Baden-Württemberg, Bayern und Hessen mit jeweils über 10 Prozent. Auf die restlichen alten Bundesländer sind die verbleibenden 25 Prozent verteilt.

Laut der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ besuchen 35 Prozent der Muslime häufig, 36 Prozent selten und 29 Prozent nie Moscheen oder Cem-Häuser der Aleviten. Viele Muslime nutzen Gebetsstätten in erreichbarer Nähe, ohne Mitglied zu sein. Viele Moscheevereine sind zudem unabhängig und gehören keinem regionalen oder überregionalen Dachverband an. Zahlreiche Gemeinden, Organisationen und Vereine, aber auch Einzelpersonen stehen für eine breite Vielfalt muslimischen Lebens in Deutschland, die verschiedene Interpretationen des Islams ebenso kennzeichnet wie verschiedene Identitäten, Lebensstile und Haltungen zu gesellschaftlichen Fragen.

Etwa 20 Prozent der Muslime in Deutschland sind in religiösen Vereinen und Gemeinden organisiert, wobei die Zahl der tatsächlichen Moscheebesucher darüber liegt. Knapp ein Viertel der in Deutschland lebenden Muslime fühlt sich von einem der islamischen Verbände in Deutschland, die auch in der ersten Phase der Deutschen Islam Konferenz vertreten waren, vollständig repräsentiert. Weitere 19 Prozent

fühlen sich durch keinen der Verbände vollständig, aber durch mindestens einen der Verbände teilweise vertreten. Die „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.“ (DITIB) ist mit 44 Prozent der bekannteste Verband in Deutschland, der zugleich den höchsten Vertretungsgrad aufweist.

Aufbauend auf der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ findet auch in der zweiten Phase der Deutschen Islam Konferenz Begleitforschung statt. In diesem Zusammenhang stellte die Deutsche Islam Konferenz bereits fest, dass es repräsentativer Daten zu islamischen Gemeinden und in Deutschland tätigen Religionsbediensteten bedarf.

## Weitere Informationen

Sie wollen mehr erfahren über die Deutsche Islam Konferenz, den Dialog zwischen dem deutschen Staat und den Muslimen in Deutschland sowie dem muslimischen Leben in Deutschland?
Informieren Sie sich und besuchen Sie uns auf:
**www.deutsche-islam-konferenz.de.**
Die englische Version der Internetseite erreichen Sie auch über www.german-islam-conference.de und die türkische Seite unter www.alman-islam-konferansi.de.

Diese Broschüre wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums des Innern kostenlos herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich sind insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

# Impressum

**Herausgeber:**
Bundesministerium des Innern
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin

**Redaktion:**
Referat M II 3

**Gestaltung und Produktion:**
MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH

**Bildnachweis:**
Bundesministerium des Innern/Fotografie Katy Otto

**Druck:** Silber Druck ohG, Niestetal

1. Auflage (2012)

**Stand:** Oktober 2011

**Die Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie kann kostenlos bestellt werden beim:**
Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09, 18132 Rostock
Tel.: 0 18 05-77 80 90
(0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz)
Fax: 0 18 05-77 80 94
(0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz)
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Internet: www.deutsche-islam-konferenz.de,
www.bmi.bund.de
Artikelnummer: BMI11006

Nach Lieferung der gewünschten Publikationen werden die von Ihnen angegebenen Daten gelöscht.

Die Broschüre kann auch kostenlos heruntergeladen werden über die Website:

**www.deutsche-islam-konferenz.de**